

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** der Stadt Remagen vom
11.03.2019

Einladung: Schreiben vom 27.03.2019

Tagungsort: Foyer der Rheinhalle, Remagen, An der Alten Rheinbrücke

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Björn Ingendahl

Beigeordnete/r

Rolf Plewa

Joachim Titz

stellvertretende Ausschussmitglieder

Olaf Wulf

Vertretung für Herrn Jürgen Meyer

Ausschussmitglieder

Prof. Dr. Frank Bliss

Jürgen Blüher

Jörg Dargel

Heinz-Peter Hammer

Kenneth Heydecke

Carsten Jacob

Alexander Lembke

Volker Thehos

Michael Uhrmacher

Jürgen Walbröl

Christine Wießmann

Verwaltung

Gisbert Bachem

Matthias Geusen

Adalbert Krämer

Schriftführer/in

Beate Fuchs

Gäste

Motee Spanier
Dr. Peter Wyborny

öffentliche Sitzung
nichtöffentliche Sitzung

Entschuldigt fehlen:

Beigeordnete/r

Rainer Doemen

Ausschussmitglieder

Norbert Matthias
Jürgen Meyer

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt er, diese um den Punkt „Vergabe eines Parkraumkonzeptes an ein Fachbüro; Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel“ zu ergänzen. Die Beschlussvorlage hierzu ist den Ausschussmitgliedern bereits zugegangen. Dem Antrag wird einstimmig entsprochen.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom
25.02.2019
0713/2019
- 2 Vorlage der Niederschrift über die 45. öffentliche Sitzung vom 25.02.2019
- 3 Erhebung von Ausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz;
Resolution des Stadtrats an die Landesregierung; Antrag der Fraktionen
der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
0706/2019
- 4 Schulzentrum Remagen; Sanierung der Fassade; Bereitstellung über-
planmäßiger Haushaltsmittel
0703/2019
- 5 Vergabe eines Parkraumkonzeptes an ein Fachbüro; Bereitstellung über-
planmäßiger Haushaltsmittel
0709/2019
- 6 Annahme von Zuwendungen
0711/2019

- 7 Mitteilungen

- 8 Anfragen

- 8.1 Verkehrsunfallkommission

- 8.2 Grundschule Kripp

ÖFFENTLICHE SITZUNG

**Zu Punkt 1 – Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 25.02.2019
Vorlage: 0713/2019 –**

Der Vorsitzende gibt die Beschlüsse aus der vergangenen Sitzung bekannt.

Zu Punkt 2 – Vorlage der Niederschrift über die 45. öffentliche Sitzung vom 25.02.2019 –

Jürgen Blüher weist darauf hin, dass er bei der Beratung über die Absetzung von TOP 3 „Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen“ „Zur Geschäftsordnung“ gerufen habe. Dies sei in der Niederschrift nicht vermerkt.

Bürgermeister Björn Ingendahl schlägt daher vor, die Niederschrift zu überarbeiten und in der nächsten Sitzung erneut vorzulegen.

vertagt

**Zu Punkt 3 – Erhebung von Ausbaubeiträgen nach dem Kommunalabgabengesetz; Resolution des Stadtrats an die Landesregierung; Antrag der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 0706/2019 –**

Bürgermeister Björn Ingendahl verweist auf die Beschlussvorlage und erteilt zunächst Christine Wießmann das Wort. Die Fraktionsvorsitzende der SPD bittet eindringlich, sich mit der Einführung der wiederkehrenden Beiträge zu beschäftigen. Am

Beispiel der Stadt Pirmasens erläutert sie die Auswirkung des wiederkehrenden Beitrags. Sie greift den Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung vom 25.02.2019 auf und macht sich für einen Sachvortrag zum Thema stark und empfiehlt den zuständigen Abteilungsleiter der Stadt Pirmasens, Herrn Hans-Jürgen Heß. Zudem sei es von Vorteil, dieses Thema durch den jetzigen Stadtrat anzustoßen, statt diese Verantwortung einem – zunächst – unerfahrenem Gremium zu überlassen.

Heinz-Peter Hammer, Vorsitzender der CDU-Fraktion unterstreicht die Verantwortung der Landesregierung. Hier müsse zunächst grundlegend entschieden werden, ob die Erhebung von Ausbaubeiträgen auch in Zukunft erfolgen solle.

Auch Prof. Dr. Frank Bliss, Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, regt an, zunächst die Entscheidung auf Landesebene abzuwarten. Eine Umstellung des Beitragssystems sei, je nach Entscheidung, überflüssig.

Die Fraktion der FBL spricht sich ebenfalls für die Anhörung eines Experten zur Einführung des wiederkehrenden Beitrags aus. Der Resolution werde man nicht zustimmen, so Alexander Lembke.

Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass die Verwaltung aufgrund des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der Sitzung vom 25.02.2019 bereits Kontakt zu Herrn Dr. Gerd Thielmann, Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz aufgenommen habe, um zu klären, ob er bereit sei, zu diesem Thema in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses zu referieren. Aufgrund des straffen Terminkalenders konnte bisher noch kein Datum fixiert werden. Sobald die Vorbereitungen abgeschlossen sind, wird dieser Punkt Beratungsgegenstand einer Ausschusssitzung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, nachfolgende Resolution zu beschließen:

Resolution der Stadt Remagen: Finanzierung der Straßenausbaubeiträge neu aufstellen!

Die Kommunen in Rheinland-Pfalz sorgen gemäß § 14 Landesstraßengesetz für den Bau sowie für die Unterhaltung des gemeindlichen Straßennetzes. Zu diesem Zweck werden Straßenausbaubeiträge erhoben. In zahlreichen Bundesländern, auch in Rheinland-Pfalz, wird über die Zukunft der Straßenausbaubeiträge diskutiert – vor allem angesichts der häufig erheblichen finanziellen Belastung der Anlieger.

Die adäquate Erfüllung der Pflichtaufgabe kommunaler Selbstverwaltung (Straßenbau- und Unterhaltung) auf der einen Seite und die Berücksichtigung der sozialen Interessen der Anlieger auf der anderen Seite geraten hier in einen erheblichen Zielkonflikt.

Aus diesem Grund bittet die Stadt Remagen die Landesregierung, ein Konzept für die finanzielle Neuaufstellung der Straßenausbaubeiträge vorzulegen:

Die Stadt Remagen regt an, die Anteile der Bürgerinnen und Bürger für die Unterhaltung der kommunalen Straßen durch Finanzmittel des Landes zu ersetzen und das Kommunalabgabengesetz entsprechend zu ändern. Der Anteil der Kommunen soll nicht Gegenstand einer Förderung sein. Zudem muss sichergestellt sein, dass die Planungs- und Entscheidungshoheit über Ausbaumaßnahmen Sache der Kommunen bleibt und nicht auf Ebene der Landesregierung entschieden wird.

Erforderlich ist ein evidenzbasiertes, tragfähiges und nachhaltiges Finanzierungskonzept, das spezifisch auf die Rahmenbedingungen des kommunalen Straßenausbaus in Rheinland-Pfalz zugeschnitten ist. Eine Übernahme von Konzepten und eine Orientierung an Zahlen aus anderen Bundesländern schließen sich vor diesem Hintergrund aus.

Konsequenzen:

1. Die gesamte Bürgerschaft kann entlastet werden, da sie in Zukunft nicht mehr an der Unterhaltung der Straßen vor Ort beteiligt wird.
2. Der Kostendruck auf Wohneigentum soll gemindert werden. Das hilft insbesondere Familien mit Kindern und älteren, oft alleinstehenden Menschen mit niedrigem Einkommen. Zudem wird der Erwerb von (Alt-)Immobilien in den Ortskernen erleichtert, wenn die Unsicherheit über zukünftig zu zahlende Ausbaubeiträge wegfällt.
3. Der belastende ständige Streit über Einmal- oder wiederkehrende Beiträge in den Gemeinderäten und in der Bürgerschaft entfällt.
4. Der Konflikt zwischen Bürgern und Verwaltung über die Höhe der Beiträge, ihre Berechtigung und die Art ihrer Berechnung entfällt ebenfalls. Dadurch verbessert sich das Verhältnis der Bürger zu "ihrer" Verwaltung.
5. Der Verwaltungsaufwand für die Berechnung der Anliegerbeiträge und deren Begründung gegenüber den betroffenen Bürgern (z.B. in Anwohnerversammlungen oder Einzelgesprächen) erübrigt sich.
6. Gerichtsverfahren über Anliegerbeiträge, wie sie in der letzten Zeit von Bürgern in Beitragsangelegenheiten immer häufiger angestrengt werden, sind nicht mehr notwendig. Dadurch werden die Gerichte und die Verwaltung entlastet. Die mit den Prozessen verbundenen Kosten fallen weg, wobei die Gerichtskosten für eine Gemeinde nicht selten ein Vielfaches des streitig gestellten Anliegerbeitrags ausgemacht haben.

mehrheitlich beschlossen
Nein 5

**Zu Punkt 4 – Schulzentrum Remagen; Sanierung der Fassade; Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel
Vorlage: 0703/2019 –**

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage. Ergänzend hierzu teilt er mit, die Schulleitung habe darum gebeten, zunächst die Westfassade zu sanieren, da die Räume in diesem Bereich höher frequentiert werden. Die von der Straße aus einsehbare Südfassade werde im kommenden Jahr erneuert, teilt Gisbert Bachem auf Anfrage mit. Das Flachdach sei nach wie vor in einem guten Zustand, so dass hier, außer kleineren Unterhaltungsarbeiten, zunächst keine weiteren Maßnahmen geplant seien.

Auf die Frage nach der Kostenübernahme durch den Kreis erläutert Adalbert Krämer, dass Investitionen am Gebäude über die Abschreibung in die Miete einfließen, die vom Kreis zu zahlen ist.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 62.000 Euro zur Verfügung zu stellen.

einstimmig beschlossen

**Zu Punkt 5 – Vergabe eines Parkraumkonzeptes an ein Fachbüro; Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel
Vorlage: 0709/2019 –**

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage und führt aus, dass das Angebot neben ersten Empfehlungen vorrangig eine Bestandsaufnahme vorsehe. Dies sei ein wichtiger Bestandteil des Auftrages, da eine solide Datenaufnahme erforderlich sei, um beispielsweise Verhandlungen mit der Deutschen Bahn, den P+R-Platz betreffend, zu führen.

Christine Wießmann regt an, die Arbeitsgruppe könne das Fachbüro bei der Erarbeitung des Konzeptes unterstützen.

Prof. Dr. Bliss weist darauf hin, dass die im Radwegekonzept, welches zurzeit erarbeitet wird, noch auszuweisenden Fahrradabstellplätze im Parkraumkonzept berücksichtigt werden sollten.

Bürgermeister Björn Ingendahl bedankt sich für den Hinweis, eine Doppelbeplanung von Abstellflächen müsse ausgeschlossen werden. Auf Anfrage erläutert er, dass

sich das Parkraumkonzept auf den Bereich der Kernstadt beschränke, da ausschließlich hier öffentlicher Parkraum bewirtschaftet werde.

Carsten Jacob gibt zu Bedenken, dass die Kosten verhältnismäßig hoch seien, aufgrund der Bedeutung des Parkraumkonzeptes für die Stadt Remagen werde er dem Auftrag aber zustimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von rund 3.600,00 Euro zu.

einstimmig beschlossen

**Zu Punkt 6 – Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 0711/2019 –**

Auf die Beschlussvorlage wird verwiesen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der Zuwendung zu.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 7 – Mitteilungen –

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Zu Punkt 8 – Anfragen –

Zu Punkt 8.1 – Verkehrsunfallkommission –

Heinz-Peter Hammer bezieht sich auf den Bericht der Verkehrsunfallkommission und erkundigt sich, nach welchen Kriterien Maßnahmen zur Unfallverhütung eingeleitet werden.

Bürgermeister Björn Ingendahl schlägt vor, diesen Punkt in der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschuss am 16. April aufzurufen, um das Gremium umfassend zu informieren.

Zu Punkt 8.2 – Grundschule Kripp –

Heinz-Peter Hammer erkundigt sich nach den Gründen des ausgefallenen Schulgottesdienstes für die Schüler der Grundschule in Kripp am Aschermittwoch. Der Vorsitzende führt aus, dass ein Gespräch zwischen Vertretern der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier, der evangelischen und katholischen Kirche und der Schulleitung stattfinden wird. Ziel sei die Beibehaltung der Gottesdienste zur Einschulung und zum Schuljahresabschluss.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18:40 Uhr.

Remagen, den 18.03.2019

Der Vorsitzende
gez.

Schriftführer/in
gez.

Björn Ingendahl
Bürgermeister

Beate Fuchs